

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	22.06.2017

Eingabe für Einwohnerfragestunde

Eingabe gemäß § 39 der „Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln“ zur 22. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 27.04.2017 von Herrn Manfred Kreische

Thema: Bürgerbeteiligung in der Phase Erstellung eines IHK für Förderung (Soziale Stadt, EFRE etc.)

Einwohnerfrage: Warum wird eine Bürgerbeteiligung bei der Erstellung von Integrierten Handlungskonzepten nicht durchgeführt?

- a) Warum wurde eine Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Nicht-Fach-Öffentlichkeit für das IHK zu GI nicht durchgeführt?
- b) Ist es zutreffend, dass sich dieses bisher bei allen IHK, insbesondere zu den Sozialräumen durchzieht?
- c) Was versteht die Verwaltung hierbei eigentlich unter Bürger-/Öffentlichkeits-Beteiligung gemäß des beigefügten 5-Stufen Modells aus Wikipedia (Anlage) oder eines anderen Modells?
- d) Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem Mangel, wie kann er nachträglich geheilt werden?
- e) Warum werden die Erkenntnisse aus dem Netzwerk „Soziale Stadt NRW“, bei dem die Stadt Köln Mitglied ist und durch eine Mitarbeiterin der Verwaltung vertreten wird, nicht berücksichtigt sowie insbesondere der Politik, den Fachausschüssen nicht mittels regelmäßigen Rechenschaftsberichten zur Kenntnis gebracht?

Antwort der Verwaltung

Grundsätzliche Anmerkung zur Einwohneranfrage:

Die Verwaltung unternimmt trotz begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen große Anstrengungen - in der Regel bei allen großen Projekten und nicht nur in Verbindung mit Förderprogrammen -, um Bürger und Bürgerinnen sowie unterschiedliche Akteursgruppen bei der Bedarfsermittlung, Ideenentwicklung und Konzeptionierung angemessen zu beteiligen.

Zu Frage a)

Die Ausarbeitung des IHK Grüne Infrastruktur Köln „Vielfalt vernetzen“ basierte auf dem Aufruf des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen zur nachhaltigen Verbesserung der natürlichen Umwelt und der Klima- und Umweltbedingungen zugunsten der Biodiversität und der Menschen in Quartieren, Städten und Stadtumlandgebieten in NRW vom 18.08.2016.

Als erster Abgabetermin für das IHK war der 01.12.2016 gesetzt. In Anbetracht des sehr engen Zeitfensters konnten die Inhalte des IHK nur mit den verschiedenen Fachdienststellen abgestimmt werden, somit konnte der Abgabetermin eingehalten werden.

Im Rahmen der weiteren Qualifizierung der Projekte erfolgt eine intensive Bürgerbeteiligung. Mit Schreiben vom 21.04.2017 wurde das IHK durch das Ministerium anerkannt. Ein erster Abstimmungstermin bzgl. der Durchführung der Bürgerbeteiligung fand am 03.05.2017 mit den Sozialraumkoordinatoren beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen statt.

Zu Frage b)

Bei der Erstellung und Umsetzung von Integrierten Handlungskonzepten führt die Verwaltung zu unterschiedlichen Zeitpunkten, zu unterschiedlichen Themenstellungen, mit unterschiedlichen Adressatenkreisen und in unterschiedlichen Formaten Beteiligungsverfahren durch.

Zu c)

In Abhängigkeit vom Projektrahmen werden unterschiedliche Instrumente und Verfahren eingesetzt. Eine allgemeingültige Vorgehensweise gibt es nicht und diese wird auch nicht als zielführend angesehen.

Der Rahmen für städtische Beteiligungsverfahren wird im Auftrag des Rates derzeit durch den Leitlinienprozess entwickelt. Die Ergebnisse werden bei der Konzipierung der nächsten Beteiligungsverfahren aktiv genutzt.

Zu d)

Ein grundsätzlicher Mangel an Beteiligung ist aus Sicht der Verwaltung bei den in der Fragestellung angesprochenen Projekten nicht gegeben. Auch im weiteren Projektverlauf wird es immer wieder Möglichkeiten der Beteiligung geben.

Zu e)

Die durch den Austausch im Städtenetzwerk Netzwerk „Soziale Stadt NRW“ gewonnen Erkenntnisse fließen in die Arbeit der Verwaltung ein.

Im Rahmen der Umsetzung von Integrierten Handlungskonzepten werden die politischen Gremien regelmäßig durch ein Berichtswesen über Umsetzung und Ergebnisse informiert.

Daneben informiert die Verwaltung auf der städtischen Internetseite www.stadt-koeln.de regelmäßig über die Projekte.